

# TERRAglobal „Flucht und Migration“

## Antworten

### S. 3, Aufgabe 1

Der ursprüngliche Anspruch der US-amerikanischen Zuwanderungspolitik, ein offenes, Einwanderer aus aller Welt und ungeachtet ihrer Qualifikation willkommen heißendes Land zu sein, hat sich im ausgehenden 20. Jahrhunderts grundlegend gewandelt. Seither wird die nationale Einwanderungspolitik von verschärften Grenzkontrollen (Bau von Grenzzäunen) und stark regulierten Einwanderungsbedingungen dominiert.

Die individuelle Stellungnahme dieser real zu konstatierenden Veränderung kann je nach individuellem Standpunkt sehr unterschiedlich ausgerichtet sein.

### S. 7, Aufgabe 1

Zur Umsetzung dieser Aufgabe empfiehlt es sich, mithilfe eines Tabellenkalkulationsprogramms (z. B. Excel) eine Datenmatrix zu erstellen und von dieser ausgehend, eine Graphik zu erstellen.

Zur Recherche der Vergleichsdaten zur Herkunft der bundesdeutschen Bevölkerung empfiehlt sich folgende Internetseite:

[http://www.mighealth.net/de/index.php/Zahlen\\_zu\\_Migration\\_in\\_Deutschland](http://www.mighealth.net/de/index.php/Zahlen_zu_Migration_in_Deutschland)

### S. 7, Aufgabe 2

Die Bearbeitung dieser Aufgabe sollte zumindest drei Generationen in den Blick nehmen und damit bis ins ausgehende 19. Jahrhundert zurückreichen.

### S. 7, Aufgabe 3

Unter Berücksichtigung subjektiv unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen sind vorrangig folgende Aspekte zu erwarten:

- Armut
- Krieg
- Hunger
- Arbeitslosigkeit
- Perspektivlosigkeit
- wirtschaftliche Stagnation
- religiöse, politische Verfolgung
- Unsicherheit
- individueller Lebensentwurf
- Umweltbelastung
- Bevölkerungsdichte
- ...

### S. 7, Aufgabe 4

Die Erklärung der Grafik „Entwicklung der ausländischen Bevölkerung“ (M 4, S. 7) sollte auch unter Berücksichtigung des begleitenden Textes vier Phasen der Entwicklung identifizieren und diese wie folgt erklären:

#### 1. Phase 1967-1973

Verdopplung der Zahl der Ausländer von knapp zwei auf über vier Millionen Menschen. In dieser Phase werden nach Überwindung der Rezession von 1966 massiv Arbeitskräfte für die deutsche Industrie im mediterranen Raum im Allgemeinen und in der Türkei im Besonderen angeworben.

#### 2. Phase 1974-1988

Infolge der sich abschwächenden Konjunktur und dem dadurch bedingten Rückgang des Arbeitskräftebedarfs wurde 1973 ein Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte beschlossen. Die Zahl der Ausländer in Deutschland blieb bis Ende der 1980er-Jahre auf einem Niveau von ca. 4,5 Millionen Menschen weitgehend stabil. Zwar sank in dieser Zeitspanne die Zahl der ausländischen Industriearbeiter, durch den Zuzug von Familienangehörigen blieb jedoch die Gesamtzahl in etwa gleich.

#### 3. Phase 1989-1993

Bedingt durch die Öffnung des „Eisernen Vorhangs“ infolge der politischen Neuordnung in Osteuropa, aber auch aufgrund der zunehmenden Asylbewerber aus allen Teilen der Welt stieg die Zahl der Zuwanderung nach Deutschland seit Ende der 1980er-Jahre erneut stark an und erreichte Anfang der 1990er-Jahre einen Höchststand von über 7 Millionen Menschen.

#### 4. Phase 1994-2003

Die Neufassung des Asylrechts führte im Verlauf der 1990er-Jahre zu stagnierenden Zahlen der ausländischen Bevölkerung in Deutschland. In der jüngsten Vergangenheit ist sogar ein Rückgang der Zahlen zu beobachten. Dies kann u.a. auf die gleichzeitig steigenden Einbürgerungsverfahren zurückgeführt werden.

### **S. 7, Aufgabe 5**

Die These, die aktuelle Zuwanderung sei nur ein weiteres Kapitel in einer langen Tradition ist zu verifizieren. Dabei sollte auf der Basis des Grundlagentextes (S. 5-7) auf die Zuwanderung nach Deutschland in der Kaiserzeit sowie in der Weimarer Republik verwiesen werden. Wenngleich diese Phasen der Zuwanderung immer wieder aufgrund der beiden Weltkriege unterbrochen wurden, dominieren doch die Phasen der Zuwanderung über jene der Auswanderung oder Abschottung.

### **S. 9, Aufgabe 1**

Auf der Grundlage der Materialien 1- 4 können u.a. folgende Thesen formuliert werden:

- Zwischen 1970 und 2000 ist eine massive Zunahme der weltweiten Migration von 80 auf 180 Millionen Migranten zu beobachten
- Den größten Anteil an dieser globalen Entwicklung hat die Migration in die Industrieländer.
- Auch die Migration in Entwicklungsländer hat zwischen 1970 und 2000 zugenommen. (45 auf 70 Mio. Menschen)
- Mit Ausnahme von Afrika (Stagnation) und Lateinamerika (Rückgang) weisen alle Teilregionen Migrationszuwächse im Zeitraum 1970-2000 auf.

- Den mit Abstand bedeutendsten Migrationskorridor (10,3 Mio. Menschen) stellt die mexikanisch-amerikanische Grenze dar, gefolgt von der Grenze zwischen Bangladesch und Indien (3,5 Mio. Menschen).
- Die USA sind das bedeutendste Migrationsziel der weltweiten Wanderungsbewegung.
- Neben den USA sind insbesondere Deutschland sowie die Ölstaaten der Arabischen Halbinsel bevorzugte Migrationsziele.
- Innerhalb der EU sind insbesondere Spanien, Italien, Deutschland Großbritannien und Frankreich Ziel der internationalen Wanderungsbewegungen.
- Die Einwanderungsländer Kanada und Australien verzeichnen weniger Zuwanderung als die USA sowie der EU-Staat Spanien,
- Die Hauptabwanderungsländer sind Mexiko, Iran, Pakistan, Indien und China.

### S. 9, Aufgabe 2

Die Stellungnahme zu der Einschätzung Antonio Guterres über die Notwendigkeit der Gestaltung von Migrationsprozessen sollte folgende Aspekte berücksichtigen: Angesichts der bereits realen Dimensionen weltweiter Migration sowie den in den kommenden Jahren aufgrund von Klimawandel und Umweltverschmutzung sowie sozialer und politischer Spannungen aufgrund knapper werdender Ressourcen zu erwartenden Steigerungen des weltweiten Migrationsaufkommens, muss Migration als globale Herausforderung begriffen und zugunsten der Menschen gestaltet werden. Präventionen, auf die jeweiligen Ursachen der Migration abgestimmte Maßnahmen sollten dabei primär umgesetzt werden, um die Notwendigkeit von Abwanderungen so weit wie möglich zu minimieren. Darüber hinaus muss auf internationaler Ebene Konsens darüber bestehen, dass Flüchtlingen und Migranten nicht elementare Rechte abgesprochen, sondern gesichert werden und sie den ihnen zustehenden Schutz genießen.

### S. 10, Aufgabe 1

Aspekte der Mobilität	Unterscheidungskriterium
räumliche Mobilität – soziale Mobilität	Bezugsebene Raum oder Gesellschaft
Migration - Zirkulation	Beibehaltung bzw. Aufgabe des Wohnsitzes
„Freiwillige“ Migration - Flucht	Zwang bzw. freier Entschluss
internationale Arbeitskräftemigration - Binnenwanderung	Überschreitung einer Staatsgrenze
Flucht vor Kriegen - Umweltflucht	Fluchtursache Krieg bzw. Umweltzerstörung
Land-Land/Land-Stadt/ Stadt-Land/Land-Land-Wanderung	Migrationsrichtung

### S. 10, Aufgabe 2

Die Erläuterung des Migrationsschemas von Hoerder, Lucassen und Lucassen sollte von den vier identifizierten Ursachen bzw. Motiven „erzwungen“, „Flucht/Vertreibung“, „wirtschaftlich“ und „kulturell“ ausgehend auf die jeweils spezifischen Distanzen, Richtungen, Aufenthaltsdauer, sozioökonomischen Räume und wirtschaftlichen Sektoren eingehen.

### **S. 12, Aufgabe 1**

Folgende Migrationstheorien sollten identifiziert und thesenartig zusammengefasst werden:

- Push- und Pull-Faktoren
  - Den ungünstigen ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen in den Herkunftsgebieten stehen die (vermeintlich) positiven Möglichkeiten der Zielgebiete gegenüber.
- Wirtschaftswissenschaftliche Migrationstheorien
  - Stärkere Betonung der Nachfrageseite der Zielländer als der Angebotsseite der Herkunftsländer
- Theorie des dualen Arbeitsmarktes
  - Auf dem sekundären Arbeitsmarkt der Industrieländer entstehen Beschäftigungschancen für Migranten, da einheimische Arbeitskräfte die wenig attraktiven Bedingungen des sekundären Arbeitsmarktes meiden entsteht ein Arbeitskräftemangel, der die Zuwanderung von Arbeitskräften nach sich zieht.
- Migrationsnetzwerke
  - Persönliche Bindungen (Verwandtschaft, gleiche Herkunft, u.ä.) spielen eine bedeutende Rolle für das Funktionieren von Kettenmigration. Einzelne Familienmitglieder bilden erste Brückenköpfe in Migrationszielgebieten und ziehen weitere Migranten mit persönlicher Bindung nach.

### **S. 12, Aufgabe 2**

Die Erklärungsreichweite des Push- und Pull-Faktoren-Modells sowie der Theorie der Migrationsnetzwerke ist insofern umfassender angelegt als nicht nur ökonomische, sondern auch soziale und psychologische Aspekte in die Betrachtung einbezogen werden.

### S. 17, Aufgabe 1

Als Motive zur Migration sollten folgende Aspekte auf der Grundlage des Textes S. 16-17 identifiziert und nach dem Push- und Pull-Faktoren-Modell zugeordnet werden:

Push-Faktoren	Pull-Faktoren
<ul style="list-style-type: none"><li>- politische und soziale Krisen</li><li>- Krieg, Bürgerkrieg</li><li>- Neugierde, Abenteuerlust, Suche</li><li>- Armut</li><li>- Arbeitslosigkeit</li><li>- niedrige Löhne</li><li>- geringe Bildungschancen</li><li>- Terror</li><li>- religiöser Fanatismus</li><li>- Seuchengefahr</li><li>- Dürre</li><li>- sozio-ökonomische Disparitäten</li><li>- Neid</li><li>- Ungerechtigkeit</li><li>- Verantwortung für die eigene Familie</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>- Neugierde, Abenteuerlust, Suche</li><li>- besseres Leben</li><li>- sozio-ökonomische Disparitäten</li></ul>

### S. 17, Aufgabe 2

Der Begriff „Flucht“ beschreibt grundsätzlich ein aufgrund von äußerem Zwang und Gewalt begründetes Wanderungsverhalten. Die Ursachen der Flucht reichen dabei von kriegerischen Auseinandersetzungen bis hin zur Zerstörung der Umwelt, die ein Überleben in der angestammten Region nicht mehr möglich macht. Demgegenüber ist der Begriff „Migration“ zum einen als Überbegriff über räumliche Mobilitätsmuster gebräuchlich und suggeriert zugleich eine vom freien persönlichen Entschluss geprägtes Wanderungsverhalten. Dabei sind die Übergänge zwischen „freiwilliger“ Migration und der in vielen Fällen durch die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen der Heimatregion der Migranten strukturell erzwungene Migration fließend.

### S. 17, Aufgabe 3

Die Kategorie der Freiwilligkeit, die Flucht und Migration begrifflich voneinander abgrenzen kann ist nur bedingt tauglich, da die Übergänge zwischen „freiwilliger“ Migration und der in vielen Fällen durch die sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen der Heimatregion der Migranten strukturell erzwungene Migration fließend sind.

### S. 21, Aufgabe 1

Motive mexikanischer und lateinamerikanischer Migranten:

- Armut
- Traum von Freiheit und Wohlstand
- große Einkommensunterschiede

- Aussicht auf höheren Verdienst

Die Motive der mexikanischen bzw. lateinamerikanischen Migranten, die versuchen, illegal in die USA zu kommen, sind primär ökonomischer Natur.

### **S. 21, Aufgabe 2**

Im Gegensatz zu den primär ökonomischen Motiven der mexikanischen bzw. lateinamerikanischen Migranten, steht bei der Flucht aus dem Irak die Gefährdung des eigenen Lebens im Vordergrund, während die wirtschaftlichen Gründe eine nachgeordnete Rolle spielen.

### **S. 23, Aufgabe 1**

Hier ist leider ein Fehler unterlaufen. In der ursprünglichen Konzeption war anstelle des Bildes eine Karikatur vorgesehen, die jedoch nicht für den Abdruck freigegeben wurde. Versehentlich wurde die ursprüngliche Aufgabe nicht entfernt. Wir bitten dies zu entschuldigen.

### S. 23, Aufgabe 2

Vergleich der Arbeitsmigration nach Japan mit der in die Golfstaaten

Vergleichskriterium	Arbeitsmigration nach Japan	Arbeitsmigration in die Golfstaaten
Beginn der Zuwanderung von Arbeitsmigranten	seit Mitte der 1980er-Jahre	seit 1959er-Jahren
Zuwanderungskontrolle	sehr streng	sehr streng
Anteil der Arbeitsmigranten an der einheimischen Bevölkerung	extrem gering, ca. 1,5 Prozent	extrem hoch bis zu 80 Prozent
Herkunft der Arbeitsmigranten	1. Generation: Zwangsarbeiter aus Korea und China (ca. 500.000 Personen) 2. Generation: Chinesen, Koreaner, Philippinos, Sonderfall: Brasilien, Peru („nikkei“: Nachkommen japan. Auswanderer) Vietnamesische Bootsflüchtlinge Asylsuchende aus der Türkei, Myanmar, Pakistan, China	1. Generation aus benachbarten arabischen Staaten (Nordjemen, Jordanien, Ägypten) 2. Generation bes. aus Südasien (Pakistan, Indien, Bangladesch, Sri Lanka) und Südostasien (Philippinen, Indonesien, Thailand)
geforderte Qualifikation der Arbeitsmigranten	sehr hoch	überwiegend gering
Organisation der Arbeitsmigration	keine Anwerbekampagnen	Anwerbekampagnen mithilfe international tätiger Agenturen
Motive der Arbeitsmigranten	Studium (mit geringfügiger Arbeitserlaubnis)	Armut, Einkommensmöglichkeit
Aufenthaltsdauer	in der Regel klar definiert und begrenzt; z.T. aber auch unbegrenzt;	vertraglich geregelt und klar, begrenzt
Verdienstmöglichkeiten	gut	absolut gesehen: gering, in Relation zu den Lohnniveaus in den Herkunftsregionen hoch
Beschäftigungsfelder der Arbeitsmigranten	Pflegebereich, Informationstechnologie, „künstlerischer Bereich“	Baugewerbe, Dienstpersonal privater Haushalte, Krankenschwestern

### S. 25, Aufgabe 1

Die Aufnahme zeigt einen Straßenzug in Osten Berlins, der sinnbildlich für den ökonomischen und sozialen Niedergang ganzer Straßenzüge und Stadtteile vieler Kommunen in den Neuen Bundesländern steht. Die ehemaligen Läden im Erdgeschoss sind allesamt geschlossen, die Wohnungen scheinen weitgehend leer zu stehen. Der im Bildvordergrund zu sehende Mann erscheint als Symbol für den

letzten Bewohner der Straße, der diese nun auch verlässt. Die Tristesse, die dieses Bild ausdrückt könnte etwa in der Bildüberschrift „Das war´s“ , „Die Zukunft liegt anderswo“ oder „Perspektive West“ zum Ausdruck gebracht werden.

### **S. 25, Aufgabe 2**

Die zentralen Merkmale der innerdeutschen Migration können folgendermaßen zusammengefasst werden:

- Die innerdeutschen Wanderungsbewegungen seit der Wende 1990 sind die größten innerstaatlichen Bevölkerungsbewegungen seit Ende des Zweiten Weltkrieges.
- Die ausbleibende ökonomische und soziale Entwicklung weiter Bereiche der Neuen Bundesländer ließ einer ersten Abwanderungswelle direkt nach dem Fall der Mauer eine zweite Welle seit Ende der 1990er-Jahre folgen.
- Die Abwanderungswellen haben die Altersstruktur der Bevölkerung in den Neuen Bundesländern verändert. Ältere Menschen überwiegen, jüngere Menschen sind in der Minderheit, die Geburtenzahlen sind stark rückläufig.
- Betroffen von der Abwanderung sind insbesondere strukturschwache ländliche Gebiete in den Neuen Bundesländern.
- Die wirtschaftlich Aktiven und Qualifizierten wandern überproportional stark ab, Geringqualifizierte und Arbeitslose wandern weniger stark ab.
- Junge Frauen wandern überproportional ab.
- In den Neuen Bundesländern verändert sich die Bevölkerungsstruktur maßgeblich. Überproportional viele geringqualifizierte und arbeitslose Männer und alte Menschen bleiben zurück.
- Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen sind die bevorzugten Zielregionen der innerdeutschen Wanderungen.

### **S. 27, Aufgabe 1**

Die Genfer Flüchtlingskonvention definierte nur diejenigen Menschen als Flüchtlinge, welche die Grenzen ihres Heimatlandes überschreiten und in einem anderen Land Zuflucht suchen. Flüchtlingen steht auf der Grundlage der Konvention das Recht auf Schutz und Versorgung zu. Dies gilt nicht für Binnenflüchtlinge bzw.

Binnenvertriebene, also Menschen, die sich zwar unzweifelhaft auf der Flucht, aber nicht außerhalb ihres Heimatlandes aufhalten. Da gerade ihre Zahl in der jüngsten Vergangenheit stark zugenommen hat, stellt die Hilfe für diese Menschen eine entscheidende Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft dar. Eine zweite Herausforderung sind die enge Verzahnungen von Flucht und Migration, die in den letzten Jahren stark zugenommen hat.

### **S. 27, Aufgabe 2**

Die Präsentation über die Genfer Flüchtlingskonvention sollte folgende Aspekte berücksichtigen:

- Anlass der Konvention
- Kernpunkte der Konvention
- Signatarstaaten, internationale Anerkennung
- erfolgte bzw. erforderliche Weiterentwicklung der Konvention
- Bewertung der Wirksamkeit der Konvention

### **S. 29, Aufgabe 1**

Interne Ursachen der Flüchtlingstragödie im Sudan

- ethnisch-religiöse Konflikte zwischen arabisch-muslimischen und afrikanisch-christlichen Bevölkerungsgruppen
- tradierte Konfliktlinien zwischen sesshaften, Ackerbau betreibenden afrikanischen Gruppen und nomadisierenden, Vieh haltenden arabischen Bevölkerungsgruppen im Sahel
- Verschärfung dieser tradierten Konfliktkonstellation durch hohe Bevölkerungswachstumsraten und daraus resultierenden verstärkten Ressourcen- und Verteilungskonflikten
- Einsatz moderner Waffen hat viele Tote und dadurch das Versagen traditioneller Schlichtungsmechanismen zur Folge
- Machtkonzentration auf Seiten der arabischen Bevölkerungsgruppe
- Anspruch der machthabenden arabischen Gruppen auf die Ölvorkommen im mehrheitlich von afrikanischen Gruppen besiedelten Süden des Landes
- ungleiche Verteilung der Einkünfte aus den Ölexporten zugunsten der arabischen Bevölkerungsgruppen und gleichzeitige jahrzehntelange Vernachlässigung der südlichen Randregionen des Landes
- mangelnde Übertragung von Autonomierechten zugunsten der afrikanischen Bevölkerungsgruppen
- Arabisierungspolitik

Externe Ursachen der Flüchtlingstragödie im Sudan

- ökonomische und machstrategische Partikularinteressen einzelner Großmächte verhindern ein geschlossene Vorgehensweise der internationalen Staatengemeinschaft
- schlechtes internationales Krisenmanagement und unsachgemäße Entscheidungsmodalitäten
- mangelnde Entschlossenheit von Amerikanern und Europäern, dem Konflikt zu begegnen
- mangelnde internationale Aufmerksamkeit und Engagement zugunsten der Binnenvertriebenen aufgrund ihrer geringen geostrategischen Bedeutung
- 

### **S. 29, Aufgabe 2**

Im Rahmen der Medienrecherche sollte überregionalen Printmedien wie Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Die Zeit, Der Spiegel, Le Monde diplomatique sowie die Internetangebote von Tagesschau.de und heute.de konsultiert werden.

### **S. 31, Aufgabe 1**

Je nach politischem Standpunkt werden folgende Aspekte als vorrangige Hintergründe des Irak-Krieges genannt und unterschiedlich gewichtet:

- 1998 Ausweisung der UN-Waffeninspektoren aus dem Irak durch Saddam Hussein
- Behauptung der USA entgegen der UN-Waffeninspektoren: Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen

- USA werfen dem Irak vor, das Terrornetzwerk Al Qaida zu unterstützen und Terroristen zu beherbergen
- Diktatur, regionaler Machtanspruch, Massenmorde und Menschenrechtsverletzungen Saddam Husseins
- Ziel der Demokratisierung und politischen Neuordnung der Region
- Sicherung der Ölreserven des Irak

Ein Überblick über die Chronologie des Irak Krieges im engeren Sinne könnte folgende Fakten berücksichtigen:

**Donnerstag, 20. März:** Nach Ablauf eines Ultimatums an den irakischen Diktator Saddam Hussein greifen die USA um 3.33 Uhr mitteleuropäischer Zeit Bagdad aus der Luft an. Am Abend beginnen US-Marines von Kuwait aus die Invasion zu Lande. Bagdad wird nun täglich Ziel von Luftangriffen. Die Weltgemeinschaft reagiert gespalten auf den Beginn des Krieges. Weltweit demonstrieren - wie auch in den folgenden zwei Wochen - Hunderttausende gegen den Krieg.

**Freitag, 21. März:** Alliierte Truppen melden, sie hätten die irakische Hafenstadt Umm Kasr und die strategisch wichtige Halbinsel Fau weitgehend unter ihrer Kontrolle. In Nord-Kuwait gibt es bei einem Hubschrauberabsturz die ersten Toten auf alliierter Seite. Am Abend beginnen die USA mit einem Großangriff die angekündigte schwere Bombardierung Bagdads.

**Samstag, 22. März:** Die Luftangriffe werden fortgesetzt - nun auch tagsüber. Alliierte Truppen melden die Eroberung von zwei Flugfeldern im Westen des Landes und dringen bis zur Stadt Nasirija etwa 300 Kilometer südöstlich von Bagdad vor.

**Sonntag, 23. März:** Der Vormarsch der Alliierten auf Bagdad gerät bei Nasirija und Kerbela durch heftige irakische Gegenwehr ins Stocken. US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld protestiert gegen irakische TV-Bilder von gefangenen US-Soldaten. Erstmals gibt es in den westlichen Medien massive Zweifel an einem schnellen Sieg der Alliierten.

**Montag, 24. März:** Heftige Kämpfe in Nadschaf am Fluss Euphrat sowie in Basra. Auch im schon erobert gemeldeten Umm Kasr gibt es Gefechte. Saddam ruft die Iraker im Fernsehen zum Widerstand auf. Die Arabische Liga fordert den sofortigen Abzug der alliierten Truppen. Die Vereinten Nationen (UN) und Hilfsorganisationen warnen vor einer humanitären Katastrophe, da die alliierten Bombenangriffe die Strom- und Wasserversorgung des Landes teilweise unterbrechen.

**Dienstag, 25. März:** Schwere Sandstürme behindern den Vormarsch alliierter Bodentruppen. US-Präsident George Bush beantragt für den Krieg 75 Milliarden Dollar und dämpft Hoffnungen auf einen schnellen Sieg.

**Mittwoch, 26. März:** Siebter Kriegstag - die irakische Führung bezeichnet den Vormarsch der Alliierten als vorläufig gestoppt. Bei Explosionen in einem Wohnbezirk von Bagdad sterben mindestens 15 Zivilisten.

**Donnerstag, 27. März:** Bagdad ist wieder Ziel schwerer Bombenangriffe. Die irakische Führung kündigt eine blutige Schlacht um die Hauptstadt und einen Guerillakrieg an.

**Freitag, 28. März:** US-Fallschirmjäger besetzen im Kurdengebiet des Nordirak einen Flugplatz und beginnen mit dem Aufbau einer Nordfront. Bagdad erlebt die schwersten Bombardierungen seit Kriegsbeginn. Die USA wollen bis zu 100.000 zusätzliche Soldaten an den Golf schicken.

**Samstag, 29. März:** Ein Iraker sprengt sich in der Nähe der Stadt Nadschaf mit einer Autobombe in die Luft und reißt vier US-Soldaten mit in den Tod. Iraks Vize-Präsident Taha Jassin Ramadan kündigt weitere derartige Attacken an.

**Sonntag, 30. März:** Das US-Verteidigungsministerium weist Berichte zurück, wonach es Nachschubprobleme gebe. Die Fernsehsender CNN und BBC berichten über 6000 heimkehrende Exil-Iraker, die auf Seiten der irakischen Truppen kämpfen wollen.

**Montag, 31. März:** In der Nähe von Bagdad gibt es die ersten Gefechte von US-Truppen mit der Republikanischen Garde, Saddams Elitetruppe. Aus Angst vor einem Selbstmordangriff töten US-Soldaten an einer Straßensperre bei Nadschaf mindestens sieben irakische Zivilisten. Der Vorfall gilt als schwerer Schlag für das Bemühen der Alliierten, das Vertrauen der Zivilbevölkerung zu gewinnen.

**Dienstag, 1. April:** Britische Einheiten ziehen den Ring um die südirakische Stadt Basra enger und erobern einen Vorort. In Nasirija bringen die Amerikaner laut dem US-Sender CNN größere Teile der Stadt unter ihrer Kontrolle. Saddam Hussein ruft die Iraker zum "Heiligen Krieg" gegen die USA und ihre Verbündeten auf.

**Mittwoch, 2. April:** Die USA leiten möglicherweise die entscheidende Phase zum Angriff auf Bagdad ein. Laut dem britischen Sender BBC stehen ihre Truppen nur noch 30 Kilometer vor der irakischen Hauptstadt, in anderen Medienberichten ist von 50 Kilometern die Rede. US-Einheiten leiten zugleich bei Kerbela eine umfangreiche Bodenoffensive ein.

**Donnerstag, 3. April:** Der 15. Kriegstag - US-Soldaten erreichen den Flughafen Bagdads und greifen ihn an. Bereits am nächsten Tag nehmen die alliierten Truppen den strategisch wichtigen Flughafen ein. In der Millionenstadt Bagdad fällt zum ersten Mal seit Kriegsbeginn der Strom aus.

**Sonnabend, 5. April:** US-Marineinfanteristen dringen ins Zentrum Bagdads vor. Die UN wollen über zukünftige Rolle beim Wiederaufbau des Irak diskutieren, doch die

USA lehnen dies zum jetzigen Zeitpunkt ab.

**Sonntag, 6. April:** Nach eigenen Angaben haben US-Truppen die irakische Hauptstadt Bagdad vollständig eingeschlossen. Aus der von Briten besetzten Stadt Basra werden Plünderungen gemeldet.

**Montag, 7. April:** US-Soldaten dringen in Paläste Saddams in Bagdad ein. Der Ex-Machthaber und die Regierungsmitglieder sind verschwunden. Das Saddam-Regime scheint gestürzt worden zu sein. Der deutsche Journalist Christian Liebig wird bei einem irakischen Angriff bei Bagdad getötet.

**Dienstag, 8. April:** Durch US-Beschuss sterben drei weitere Reporter, zwei von ihnen im Bagdader Journalistenhotel "Palestine". US-Präsident Bush und der britische Premierminister Tony Blair räumen den Vereinten Nationen eine "vitale Rolle" in der Nachkriegszeit ein.

**Mittwoch, 9. April:** Bagdad fällt. Zur befürchteten großen Schlacht oder zu irakischen Giftgasangriffen ist es nicht gekommen. Ein US-Panzer reißt eine Saddam-Statue von ihrem Sockel. In der Hauptstadt kommt es zu Plünderungen.

**Donnerstag, 10. April:** Die Ölstadt Kirkuk wird von US-Spezialkräften und Truppen der Kurden eingenommen. Das Bagdader Nationalmuseum wird geplündert.

**Freitag, 11. April:** In den von den alliierten Soldaten besetzten Städten gibt es Plünderungen. Die Truppen greifen nach Ansicht von Hilfsorganisationen zu zögerlich ein. Die Stadt Mosul fällt.

**Montag, 14. April:** Am 26. Kriegstag erobern US-Truppen und kurdische Kämpfer Tikrit, die letzte größere Stadt des Irak und Geburtsort von Saddam.

**Dienstag, 15. April:** In der Nähe der Stadt Nasirija halten die USA eine erste Regionalkonferenz mit rund 60 Regimegegnern zur Nachkriegsordnung ab. Unruhen in der Stadt Mosul fordern mindestens zehn Tote.

**Donnerstag, 17. April:** Zwischen den USA und den Vereinten Nationen bahnt sich ein Streit darüber an, ob die UN-Wirtschaftssanktionen gegen den Irak aufgehoben werden sollen, oder nicht.

**Samstag, 19. April:** US-Soldaten nehmen den ehemaligen irakischen Finanzminister fest. Die Nachbarländer des Irak fordern die USA und Großbritannien auf, das besetzte Land zu verlassen.

**Dienstag, 22. April:** Der 34. Tag des Kriegs - die Debatte zwischen dem UN-Sicherheitsrat und den USA, wer im Irak für den Wiederaufbau zuständig sein soll, hält an.

**Mittwoch, 23. April:** US-Außenminister Colin Powell droht Frankreich mit "Konsequenzen" für seine Anti-Kriegsposition. Auf einer Massenpilgerreise in die irakische Stadt Kerbela werden anti-amerikanische Töne laut.

**Donnerstag, 1. Mai:** US-Präsident George W. Bush erklärt die Hauptkampfhandlungen im Irak für beendet. Eine Erklärung über das Ende des Krieges ist das nicht. (kap)

Quelle: <http://www.dw-world.de/dw/article/0,,823320,00.html> vom 25.10.2008

Der Überblick über den Irak-Konflikt im weiteren Sinn seit 2003 könnte folgende Aspekte berücksichtigen:

2003	<p><b>20. März:</b> Die US-Streitkräfte greifen den Irak an.</p> <p><b>9. April:</b> US-Kommandeure erklären Saddam Husseins Herrschaft in Bagdad für beendet.</p> <p><b>13. Juli:</b> Der von den USA eingesetzte Regierungsrat in Bagdad mit 25 Mitgliedern konstituiert sich.</p> <p><b>15. November:</b> Der US-Zivilverwalter Paul Bremer und der Regierungsrat verständigen sich auf einen Plan zur Machtübergabe an die Iraker bis zum 1. Juli 2004.</p> <p><b>13. Dezember:</b> Saddam Hussein wird in einem Bunker bei Tikrit gefunden.</p>
2004	<p><b>April:</b> Fotos dokumentieren den Missbrauch irakischer Gefangener im Gefängnis Abu Ghureib, US-Offensive gegen Rebellen in der Stadt Falludscha.</p> <p><b>30. Juni:</b> Die USA übergeben Saddam Hussein der irakischen Justiz.</p> <p><b>8. August:</b> Der Irak führt die Todesstrafe wieder ein.</p> <p><b>1. November:</b> Trotz andauernder Anschläge und Kämpfe beginnt die Wählerregistrierung für die Ende Januar geplante Wahl.</p> <p><b>7. November:</b> Angesichts der zunehmenden Gewalt verhängt die Regierung den landesweiten Ausnahmezustand.</p>

2005	<p><b>30. Januar:</b> Wahl zur Nationalversammlung, zu 18 Provinzräten und zum kurdischen Parlament. Die klerikalen Schiiten gehen als Sieger aus der Wahl hervor.</p> <p><b>3. Mai:</b> Der schiitische Politiker Ibrahim al-Dschaafari wird als erster demokratisch gewählter Ministerpräsident des Iraks vereidigt.</p> <p><b>15. Dezember:</b> Bei der Parlamentswahl werden schiitische Parteien stärkste politische Kraft.</p>
2006	<p><b>22. Februar:</b> Nach einem Anschlag auf den schiitischen Schrein in Samarra kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Kämpfen mit Sunniten.</p> <p><b>8. Juni:</b> Bei einem US-Luftangriff wird der Anführer der Al Qaida im Irak, Abu Mussab al-Sarkawi, getötet.</p> <p><b>5. November:</b> Saddam Hussein wird zum Tode verurteilt.</p> <p><b>30. Dezember:</b> Saddam Hussein wird hingerichtet.</p>
2007	<p><b>10. Januar:</b> Bush kündigt die Entsendung von mehr als 20.000 zusätzlichen Soldaten in den Irak an.</p> <p><b>14. August:</b> Bei Selbstmordanschlägen auf Siedlungen der kurdischen Jasiden werden mindestens 520 Bewohner getötet.</p>
2008	<p><b>1. Februar:</b> Bei Anschlägen auf zwei Kleintiermärkte in Bagdad werden rund 100 Menschen getötet</p>

Quelle: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,541862,00.html> vom 25.10.2008

### S. 31, Aufgabe 2

Ursachen für die Flucht irakischer Zivilisten sind:

- ethnisch-religiöse Konflikte zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden um politischen, territorialen und wirtschaftlichen Einfluss bzw. Vorherrschaft
- Zerstörung der zivilgesellschaftlichen Strukturen
- Zerstörung der staatlichen Ordnungsmacht und daraus resultierend die Inexistenz einer öffentlichen Ordnung
- Gefährdung durch Entführung, Bombenanschläge und politisch motivierte Übergriffe um die politische Vorherrschaft rivalisierender Gruppen (schiitische Todesschwadronen, Mahdi-Armee, sunnitische Terrorkommandos, Anhänger Saddam Husseins, Al Qaida-Gruppen, zentralistisch orientierte vs. ethno-föderalistisch orientierte Gruppen)
- wachsende Kriminalitätsrate

### S. 31, Aufgabe 3

Die Folgen dieser Massenflucht sind für die irakische Gesellschaft sehr weitreichend; u.a. resultieren daraus folgende Entwicklungen:

- Unter den Flüchtlingen sind die (Hoch-)Qualifizierten, Intellektuelle und Wohlhabenden bzw. potenziellen Investoren überproportional stark vertreten.

- Bedingt durch diese Zusammensetzung der Flüchtlingsströme wird dem Irak in großem Stil Qualifikation und Kapital entzogen, die für den Aufbau eines Staates nach der Diktatur unabdingbar ist. Verschärft durch die anhaltenden Zerstörungen und Sabotageakte schreitet die Verarmung der Bevölkerung voran.
- Angesichts von rund 15 Prozent der irakischen Bevölkerung, die entweder innerhalb des Landes oder aber über dessen Grenzen in die benachbarten Staaten geflohen sind, treten weitreichende Veränderungen der Sozial- und Wirtschaftsstruktur in den Kommunen ein, die langfristig neu entstehen müssen.
- Aufgrund der in jeder Hinsicht unsicheren Lage im Irak bleiben ausländische Investitionen in den (Wieder-)Aufbau der Wirtschaftsstruktur weitgehend aus.
- Die Rückkehr der Qualifizierten und Wohlhabenden ist umso stärker in Frage gestellt, je länger diese Probleme dauern.
- Die Zukunftschancen des Landes schwinden.

### **S. 31, Aufgabe 4**

Im Verlauf der Diskussion der Lösungsansätze könnten folgende Optionen angesprochen werden:

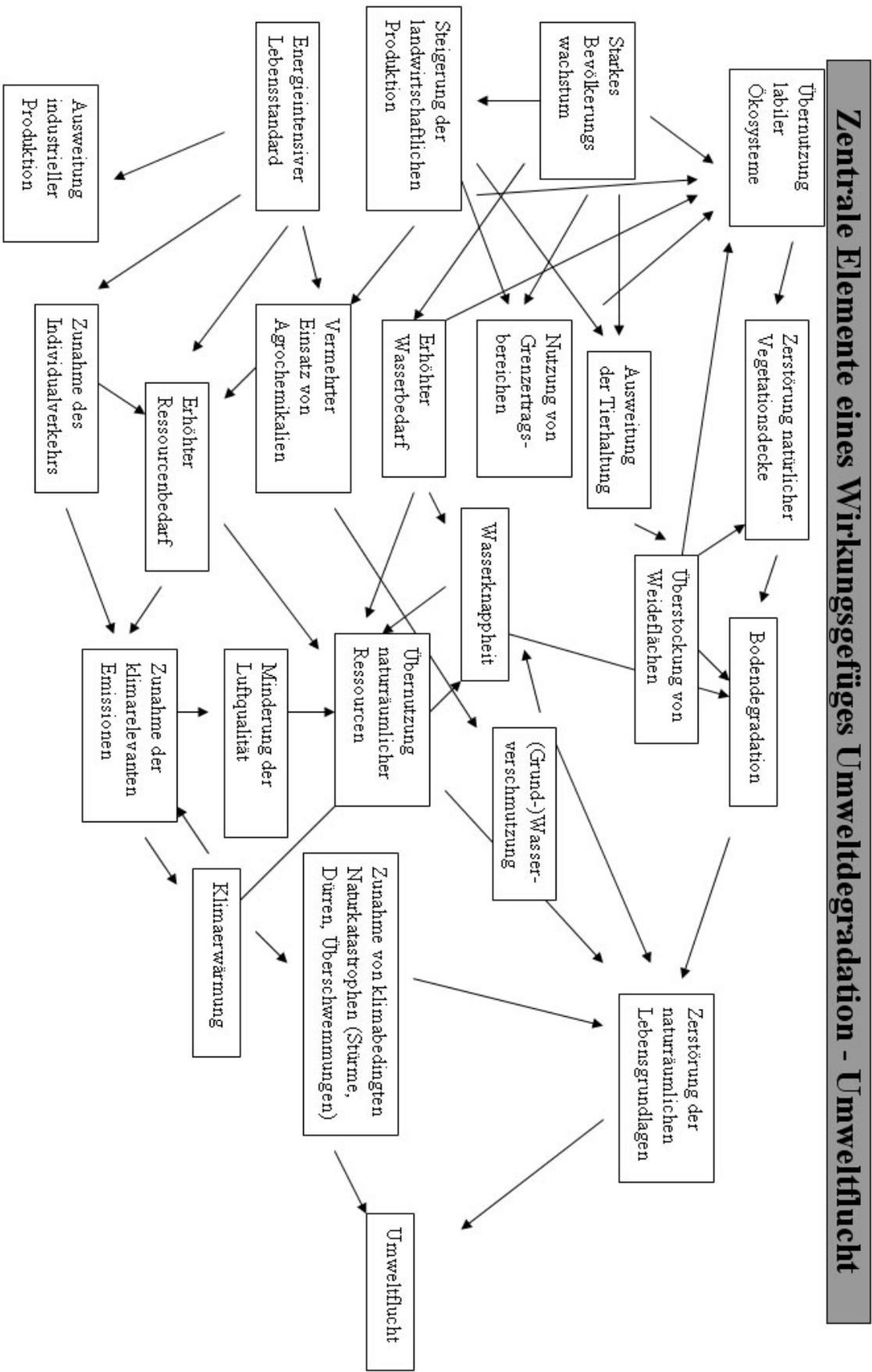
- Teilung des Landes entlang ethnisch-religiöser Grenzlinien.
- Schaffung einer stark ausgeprägten föderalen Ordnung mit weitreichenden Autonomierechten für die einzelnen ethno-religiösen Gruppierungen.
- Schaffung einer neuen Zentralinstanz, ausgerichtet an dem gemeinsamen historischen und kulturellen Erbe der Region.

### **S. 33, Aufgabe 1**

Die Präsentation sollte folgende Hauptaspekte des Phänomens Umweltflucht berücksichtigen:

- Überschwemmung infolge von Starkniederschlägen und Hochwasserereignissen
- Sturmflut
- Wirbelstürme (Hurrikan, Tornado, Taifun, Orkan)
- klimabedingter Meeresspiegelanstieg
- Veränderung regionalklimatischer Verhältnisse mit negativen Auswirkungen auf landwirtschaftliche Erträge
- Dürre
- Desertifikation
- Bodendegradation (Badland-Bildung, Erosion, Versalzung, Kontamination)
- Wassermangel infolge der Klimaveränderung oder zunehmender Wasserverschmutzung

S. 33, Aufgabe 2





### **S. 33, Aufgabe 3**

Die Bilanz der großen Naturkatastrophen zwischen 1950 und 2007 zeigt in der Summe eine Zunahme der Schadensereignisse. Insbesondere die Zeit zwischen 1985 und 1999 weist ungleich mehr Schadensereignisse auf als die vorangegangenen Jahrzehnte. Die genauere Analyse der Daten ergibt jedoch, dass die durch Erdbeben, Tsunami und Vulkanausbrüche verursachten, vom Menschen nicht beeinflussbaren Naturkatastrophen im Betrachtungszeitraum mit durchschnittlich zwei Ereignissen pro Jahr weitgehend stabil blieben, wohingegen die klimabedingten Naturkatastrophen Überschwemmungen, Stürme und Temperaturextreme im gleichen Zeitraum deutlich zugenommen haben. Angesichts dieser Feststellung rückt der Mensch als Verursacher des Klimawandels auch als Verursacher der zunehmenden Zahl von Naturkatastrophen in den Blick. Verhaltensnormen, die den Klimawandel so weit wie möglich begrenzen, werden folglich auch Auswirkungen auf die in Zukunft zu erwartenden klimabedingten Schadensereignisse haben und sind zentrale Bestandteile einer Lösungsstrategie, die nicht nur möglichen Naturkatastrophen, sondern auch dem Phänomen Umweltflucht entgegenwirken.

### **S. 35, Aufgabe 1**

Ursachen des Hurrikans

- Die Zeit zwischen dem 1.6. und dem 30.11. gilt im Bereich des tropischen Atlantik als Hurrikansaison. Bedingt durch die warmen Wassermassen des Atlantiks sind die Voraussetzungen für die Entstehung von Wirbelstürmen gegeben. Mit dem Anstieg der Temperaturen im Zuge der allgemeinen Klimaerwärmung begünstigen die in der Folge auch stärker erwärmten Wassermassen des Atlantik die Entstehung noch energiereicherer, gewaltiger Hurrikans, wie im Fall von Kathrina. Kathrina zog zunächst über Florida und schwächte sich ab. Allerdings verstärkte sich der Sturm über den warmen Gewässern des Golfs von Mexiko erneut, ehe er sich auf extrem hohe Geschwindigkeiten von ca. 280 km/h (Kategorie 5) steigerte und als Hurrikan der Stufe 3 bei New Orleans das Festland erreichte.
- Die verheerenden Auswirkungen, die Kathrina in New Orleans zeigte, waren durch die spezifische Lage der Stadt zwischen dem Golf von Mexiko und dem Lake Pontchartrain begünstigt. Trotz vorliegender Warnungen und Krisenszenarien waren die Deichbauten in den letzten Jahren nicht verbessert bzw. erhöht worden, so dass diese der Wucht des Hurrikans nicht standhalten konnten und brachen.

Folgen des Hurrikans Kathrina

- Überflutung und langfristige Zerstörung weiter Teile des Stadtgebietes, weniger betroffen war der höher gelegene alte Teil der Stadt
- Evakuierung der Stadt (gelingt nur teilweise)
- bis zu 5000 Tote (1836 gefundene Leichen und über 3000 vermisste Personen)
- geschätzte Schäden in Höhe von 125 Mrd. Euro
- ca. 1 Million obdachlose Menschen
- zeitweise Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung (Plünderungen), Ausrufung des Kriegsrechts

### **S. 35, Aufgabe 2**

Vier Wochen nach dem Hurrikan Kathrina erlaubte der Bürgermeister von New Orleans, Ray Nagin, die Wiederbesiedlung des höher gelegenen Stadtteils Algiers, der nicht überflutet gewesen war, sowie die Rückkehr der Ladenbesitzer aus den anderen Stadtteilen. Keine Rückkehrerlaubnis erhielten die Bewohner des Armenviertels Ninth Ward, das erneut von einem Hurrikan überflutet worden war. Zwischenzeitlich wurde überlegt, ob die Stadt in Gänze oder nur einige Stadtteile aufgegeben werden sollten. Die Entscheidung fiel zugunsten der Teilaufgabe, die insbesondere Viertel mit sozialem Wohnungsbau betrafen. Damit sind die Armutsbevölkerung im Allgemeinen und die schwarze Bevölkerung New Orleans insbesondere die Hauptleidtragenden der Katastrophe. Insgesamt wird von der Stadtverwaltung eine geringere Besiedlungsdichte New Orleans angestrebt.

Einwohnerzahlen New Orleans 1900 - 2008

1900	287.104
1910	339.075
1920	387.219
1930	458.762
1940	494.537
1950	570.445
1960	627.525
1970	593.471
1980	557.515
1990	496.938
2000	484.674
2005:	454.863
2006:	233.388
2007:	239.124
2008:	270.000

### **S. 36, Aufgabe 1**

Die Klimaerwärmung bewirkt in zweifacher Hinsicht einen Anstieg des Meeresspiegels. Zum einen erhöht sich infolge der verstärkten Gletscherschmelze die Zuflussmenge in die Ozeane und zum anderen bewirkt die Erhöhung der Meerestemperatur eine Ausdehnung des Meereskörpers und dadurch den Anstieg des Meeresspiegels. Da die Landflächen der kleinen Inselstaaten allesamt sich nur 1-2 Meter über den Meeresspiegel erheben, verursacht bereits der geringfügige Anstieg des Meeresspiegels verheerende, existenzgefährdende Auswirkungen für diese Staaten.

### **S. 36, Aufgabe 2**

Im Rahmen der Diskussionen über mögliche Lösungsstrategien für die kleinen Inselstaaten können etwa folgende Optionen zum Tragen kommen:

- ersatzlose Aufgabe der kleinen Inselstaaten und vollständige Übersiedlung der Bevölkerungen in einen oder mehrere der Pazifikanrainerstaaten
- Bau umfangreicher Schutzmaßnahmen – insbesondere Deiche – auf der Grundlage internationaler Finanzierung

- Erhöhung der Landflächen der kleinen Inselstaaten
- sofortige, sinnvoll abgestimmte und international verbindliche Klimaschutzmaßnahmen zur Eindämmung der Klimaerwärmung und damit des weiteren Meeresspiegelanstiegs

### **S. 36, Aufgabe 3**

Die aktuelle (Herbst 2008) AOSIS-Initiative konzentriert sich auf die verbindliche Vereinbarung international gültiger Klimaschutzziele.

### **S. 39, Aufgabe 1**

Wie in Pakistan, auf den Philippinen oder im indischen Bundesstaat Kerala kommt den Rücküberweisungen der in die USA emigrierten mexikanischen Arbeitsmigranten eine sehr große Bedeutung für die Finanzierung und Entwicklung des eigenen Landes zu. Diese Geldtransfers sichern nicht nur den zurückgebliebenen Familien die Existenz, sondern bilden vielfach die Investitionsgrundlage für ein Kleinunternehmen vor Ort und ermöglichen dadurch die wirtschaftliche und in der Folge auch soziale Entwicklung ganzer Regionen. Nach den Einnahmen aus den Ölexporten stellen die „remesas“ die zweitgrößte Quelle für Deviseneinnahmen Mexikos dar. Für 18 Prozent der mexikanischen Bevölkerung bilden diese auf mehr als 20 Mrd. US-Dollar zu beziffernden Geldtransfers die Existenzgrundlage.

### **S. 39, Aufgabe 2**

Mexiko zählt weltweit zu einem der am stärksten von Geldtransfers seiner Arbeitsmigranten abhängigen Gesellschaften der Erde. Höher Gesamtüberweisungen verbuchen vor allem die Gesellschaften in Süd- und Südostasien, deren Arbeitsmigranten sich vornehmlich in den Golfstaaten verdingen.

### **S. 39, Aufgabe 3**

Der größte Teil der Geldüberweisung wird rein konsumtiv zur Befriedigung der Grundbedürfnisse von den zurückgebliebenen Familienmitgliedern verwendet, ein geringerer Teil (ca. 10 - 20 Prozent) wird gespart oder investiv zur Gründung eines Kleinunternehmens – z.T. im informellen Sektor – eingesetzt. Regional profitieren die städtischen Bereiche, in die ca. zwei Drittel der Rücküberweisungen fließen, vor den stärker von Armut betroffenen ländlichen Regionen der Empfängerländer.

### **S. 39, Aufgabe 4**

Der Beitrag der Rücküberweisungen für die Regionalentwicklung der jeweiligen Empfängerländer ist nach wie vor bescheiden, da der größte Teil dieser Geld konsumtiv und nicht investiv eingesetzt wird. Hier zeichnen sich jedoch Ansatzpunkte für die internationale Entwicklungszusammenarbeit ab, indem Möglichkeiten für die Optimierung der Kapitaleinsätze und begleitende Maßnahmen eruiert werden.

### **S. 39, Aufgabe 5**

Die Recherche der kostengünstigsten Möglichkeit von Geldtransfers nach Pakistan, auf die Philippinen und nach Honduras sollte bei verbreiteten Geschäfts- und Genossenschaftsbanken sowie der Postbank erfolgen.

### **S. 41, Aufgabe 1**

Die Stellungnahme zu dem Plakat der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ sollte zunächst die Auseinandersetzung mit der graphischen Idee des Plakates beinhalten. Das in Kunststoff eingeschweißte und so gleichsam für den Export vorbereitete menschliche Gehirn sollte als Sinnbild für die Abwanderung (hoch-)qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland erkannt und das Anliegen der Initiative entsprechend verstanden werden. In die Stellungnahme sollten sodann Folgen dieses Prozesses (Ausbildungskosten von Deutschland getragen, Wertschöpfung jedoch zugunsten der aufnehmenden Gesellschaften; Wissen und Bildung als vorherrschender Rohstoff unseres Landes; ökonomisch negative Auswirkungen durch Abwanderung (Hoch-)Qualifizierter, u.a.m.) einbezogen werden.

### **S. 41, Aufgabe 2**

Insbesondere durch den Text S. 41 wird deutlich, dass die Abwanderung von Hochqualifizierten (brain drain) auch für die deutsche Gesellschaft und Wirtschaft eine besorgniserregende Dimension angenommen hat. Das Phänomen des brain drain darf folglich nicht mehr als ein primär für Entwicklungsländer typisches Problem wahrgenommen werden, sondern erfordert als charakteristisches Element der Globalisierung („Kampf um die besten Köpfe“) auch hierzulande eine gesellschaftliche Diskussion. Dabei muss sowohl die Frage erörtert werden, wie Deutschland es gelingen kann, seine hier ausgebildeten Hochqualifizierten jungen Menschen halten zu können als auch die Frage, welche Rahmenbedingungen zu schaffen sind, um Hochqualifizierte nach Deutschland zu holen – sei es zunächst für das Studium oder aber für eine dauerhafte Beschäftigung.

Vor diesem Hintergrund sollte die Bewertung über die Aussagekraft des INSM-Plakates getroffen werden.

### S. 41, Aufgabe 3

Vergleich der brain-drain-Debatte in Indien und Deutschland:

Vergleichskriterium	Indien	Deutschland
Analyse des Ist-Zustandes	starke Abwanderung hochqualifizierter Akademiker und Industriebeschäftigter	zunehmende und bereits hohe Zahl abwandernder (Jung-)Akademiker; negative Wanderungsbilanz von Spitzenkräften; geringe Quote potenzieller Rückkehrer;
Zielländer	USA, GB	USA, GB, Schweiz
Ursache	Einkommensgefälle	ungünstige Rahmenbedingungen im Bereich der Universitäten, der Forschung sowie der Industrie, aber auch im Bereich des Steuersystems, der politisch-föderalen Strukturen, der staatlichen Verwaltung
Blick in die Zukunft	Befürchtung, dass Indien ein Land ohne Ingenieure, Wissenschaftler, Ärzte und andere Qualifizierte werden könnte angesichts der Dimensionen der Arbeitskräftemigration von Indien in andere Länder	abnehmende Innovationsfähigkeit und in der Folge verringertes Wachstumspotenzial, Rückfall im internationalen Wettbewerb,

### S. 41, Aufgabe 4

Das Bundesforschungsministerium informiert wie folgt über die Exzellenzinitiative:

#### Exzellenzinitiative

Mit der Förderung der universitären Spitzenforschung im Rahmen der Exzellenzinitiative sollen Leuchttürme der Wissenschaft in Deutschland entstehen, die auch international ausstrahlen. Für die Hochschulen stehen im Rahmen der Exzellenzinitiative 1,9 Mrd. Euro zur Verfügung, 75% davon trägt der Bund. Die Begutachtungen werden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Wissenschaftsrat durchgeführt. Am 19. Oktober 2007 entschied der Bewilligungsausschuss über die Förderungen der zweiten Runde. Sechs Universitäten konnten mit ihren Zukunftskonzepten überzeugen. Konkret geht es beim Wettbewerb Exzellenzinitiative um drei projektorientierte Förderlinien:

- **Graduiertenschulen** für den wissenschaftlichen Nachwuchs bieten strukturierte Promotionsprogramme innerhalb eines exzellenten Forschungsumfeldes und eines breiten Wissenschaftsgebietes an. Etwa 40

Graduiertenschulen erhalten jeweils durchschnittlich eine Million Euro pro Jahr, insgesamt stehen für diesen Bereich jährlich 40 Millionen Euro zur Verfügung.

- Mit **Exzellenzclustern** sollen an den Universitäten international sichtbare und konkurrenzfähige Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen etabliert werden, die mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Fachhochschulen und der Wirtschaft kooperieren. Für jedes dieser etwa 30 geförderten Cluster stehen pro Jahr durchschnittlich 6,5 Millionen Euro zur Verfügung, in Summe damit insgesamt 195 Millionen Euro pro Jahr.
- Mit der Förderung von "**Zukunftskonzepten zum Ausbau universitärer Spitzenforschung**" soll das Forschungsprofil von bis zu zehn ausgewählten Universitäten weiter gestärkt werden. Voraussetzung ist, dass eine Hochschule mindestens ein Exzellenzcluster, eine Graduiertenschule sowie eine schlüssige Gesamtstrategie zu einem weltweit anerkannten "Leuchtturm der Wissenschaft" vorweisen kann. Für diesen Bereich sind insgesamt 210 Millionen Euro pro Jahr eingeplant. Der Umfang jedes Fördervorhabens soll bei durchschnittlich 21 Millionen Euro liegen.

<http://www.bmbf.de/de/1321.php> vom 27.10.2008

Die Überprüfung der Exzellenz-Initiative als mögliche erfolgversprechende Maßnahme gegen die zu konstatierende Abwanderung von Hochqualifizierten zeigt, dass die im Rahmen der Exzellenzinitiative geadelten Hochschulen zwar größere Budgets zur Verfügung haben, um u.a. auch Nachwuchswissenschaftler beschäftigen und finanzieren zu können, dass aber andere Ursachen des Brain drain in keinsten Weise durch die Exzellenzinitiative angegangen werden. Insofern ist die Wirksamkeit dieser Maßnahme gegen das Problem der Abwanderung von Hochqualifizierten zu bezweifeln.

### S. 44, Aufgabe 1

#### Vergleich der Einwanderungspolitiken

	<b>Einwanderungspolitik</b>
<b>Australien</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- traditionelles Einwanderungsland</li><li>- aktuell sehr restriktive Zuwanderungspolitik, insbesondere gegenüber Asylsuchenden und Flüchtlingen</li><li>- stark eingeschränkte Möglichkeiten, einen Asylantrag zu stellen</li><li>- gleichzeitig erhöht Australien seine Zuwanderungskontingente für qualifizierte Arbeitsmigranten</li></ul>
<b>EU</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- starker Zustrom von Asylsuchenden</li><li>- große Zahlen illegaler Einwanderer, vornehmlich aus afrikanischen und asiatischen Staaten</li><li>- zunehmend restriktive Handhabung der Zuwanderung</li><li>- verschärfte Kontrolle der EU-Außengrenzen</li><li>- Neuregelung der Zuwanderung nach Qualifikationsaspekten anstelle der bislang vorherrschenden humanitären Aspekte</li></ul>
<b>Japan</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- traditionell sehr rigide Begrenzung bzw. Vermeidung von Zuwanderung</li><li>- erst in jüngster Zeit (seit ca. 1985) geringfügige Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte erlaubt</li><li>- geringe Aufnahmequote von Flüchtlingen</li><li>- weitere Zuwanderung von Arbeitskräften nur entsprechend des nationalen Bedarfs an bestimmten Qualifikationen, insbesondere im Pflegebereich aufgrund der Überalterung der japanischen Gesellschaft</li></ul>
<b>Kanada</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>- traditionelles Einwanderungsland</li><li>- Aufnahme von Flüchtlingen</li><li>- Zuwanderung verstärkt von Qualifikation abhängig</li><li>- Die im Grundsatz multikulturelle Gesellschaftspolitik ist stark an der Integration der verschiedenen Einwanderungs- bzw. Bevölkerungsgruppen ausgerichtet.</li><li>- Die Identifikation mit Kanada wird als primär, die mit der eigenen Herkunftsgesellschaft als sekundär erwartet.</li></ul>

### S. 44, Aufgabe 2

Die Bewertung der unterschiedlichen Zuwanderungspolitiken hängt ganz vom individuellen politischen Standpunkt des Einzelnen ab. In die Bewertung mit einbezogen werden sollten jedoch Aspekte der sozialen, globalen Verantwortung, der Humanität und ethischen Prinzipien ebenso wie solche der wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten und Auswirkungen von Zuwanderung.

### S. 44, Aufgabe 3

Die Aussage, dass in Deutschland „viele Ingenieure arbeitslos seien“ traf für die 1990er-Jahre sicherlich zu. Seit einigen Jahren herrscht jedoch ein großer Mangel an qualifizierten Ingenieuren, der u.U. durch die Zuwanderung entsprechend ausgebildeter Menschen behoben werden könnte. Anhand dieses Beispiels wird die Dynamik wirtschaftlicher Entwicklung sowie des spezifischen Arbeitskräftebedarfs

deutlich. Offenkundig können ausschließlich auf nationale Perspektiven ausgerichtete gesellschafts-, wirtschafts- und zugewanderungspolitische Entscheidungen durchaus auch Nachteile mit sich bringen. Diese Grunderkenntnis sollte in die individuelle Bewertung der Aussage mit einbezogen werden

### **S. 47, Aufgabe 1**

Vorteile der bzw. Erwartungen an die Zuwanderung nach Deutschland:

- Zuwanderung kann das Schrumpfen der Bevölkerung in Deutschland zumindest verlangsamen bzw. mindern
- Zuwanderung von jungen Menschen erhöht die rückläufige Geburtenrate in Deutschland
- Zuwanderung verlangsamt die Vergreisung der deutschen Bevölkerung
- Zuwanderung entschärft die Problematik der auf dem Generationenvertrag basierenden sozialen Sicherungssysteme Deutschlands
- kurzfristig effizientes Instrumentarium zur Behebung von (branchenspezifischem) Arbeitskräftemangel
- Erhalt der Wirtschaftskraft bzw. des Wirtschaftswachstums
- gesellschaftliche Neuorientierung
- kulturelle Vielfalt
- neue Ideen, Innovationen
- neue Potenziale für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung

Nachteile bzw. Befürchtungen der Zuwanderung nach Deutschland:

- die demographischen Probleme Bevölkerungsrückgang, Überalterung, rückläufige Geburtenrate sowie die Probleme der sozialen Sicherungssysteme können durch Zuwanderung zwar gemildert aber nicht behoben werden
- Entstehen von Parallelgesellschaften
- Zuwanderung nur in die sozialen Sicherungssysteme, nicht aber in die am Grundgesetz orientierte Wertegesellschaft
- veränderte Werteordnung, Überfremdung
- Konkurrenz um Arbeitsplätze durch Zuwanderer
- gesellschaftliche Spannungen

Thomas Hoffmann